

An die
Mitglieder des
Rechtsausschusses

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 28. Februar 2024 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der Justiz“.

Begründung:

Laut Justizministerium will sich die Justiz bis zum 1. Januar 2026 digitalisiert und bis zu diesem Stichtag die E-Akte flächendeckend eingeführt haben.

Auf dem Weg zur Digitalisierung der Justiz erprobt das Justizministerium gegenwärtig an verschiedenen Gerichten in Rheinland-Pfalz unterschiedliche Tools zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Justiz. Zu nennen sind hier etwa das Pilotprojekt „SMART“ am Landgericht Kaiserslautern und „Codefy“ am OLG Koblenz. Die Erprobung von „SMART“ war zunächst auf eine Dauer von drei Monaten ausgelegt. Nach der Pilotierung solle abschließend bewertet werden, ob die Software in der Justiz eingesetzt werden solle. Die Erprobung diene auch dazu, technische und organisatorische Optimierungsmöglichkeiten zu finden, so das Justizministerium in seiner damaligen Pressemitteilung. Die Softwareanwendung „Codefy“ wird seit dem 28. September 2023 am OLG Koblenz in mehreren Senaten erprobt. Die erste Testphase war zunächst für eine Dauer von vier Monaten angesetzt, so der Justizminister in seiner damaligen Berichterstattung in der Sitzung des Rechtsausschusses vom 2. November 2023. Auch hier solle nach der Erprobung über einen landesweiten Einsatz in der rheinland-pfälzischen Justiz entschieden werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung um Berichterstattung zu den derzeitigen Pilotprojekten zur Nutzung von KI in der rheinland-pfälzischen Justiz gebeten. Von besonderem Interesse ist hierbei auch die bereits in den letzten Monaten erreichte Lernfähigkeit der getesteten Systeme und die Bestrebungen der Landesregierung die bestehenden Programme in weiteren Rechts- und Fachgebieten einzusetzen.

Die Landesregierung möge zudem zum Sachstand des im November 2023 noch laufenden Vergabeverfahrens für die Bereitstellung eines Strukturierungswerkzeuges berichten, an dem auch Rheinland-Pfalz über den Verbund des elektronischen Integrationsportals beteiligt sei.